BILDUNGSCAMP

ENDLICH GUTE BILDUNG
FÜR ALLE

13. - 15. JULI 2022

WITTELSBACHER PLATZ

MÜNCHEN

BILDUNGSCAMP PROGRAMM

13. - 15. JULI 2022
WITTELSBACHER PLATZ
MÜNCHEN

MITTWOCH, 13.07.2022

15:00 Uhr: Eröffnung des Bildungscamps
15.30 Uhr: Lehrer*innenbildung und Situation an Hochschulen
18:30 Uhr: Diskussionsrunde mit Vertreter*innen der Bildungspolitik zu den Themen "Fachkräftemangel" und "A13 für Alle"
20:30 Uhr: Konzert **Michèle Lombardo** und **Lena Maier**

DONNERSTAG, 14.07.2022

14:00 Uhr: Ganztag - miserable Bedingungen und gesetzlicher Anspruch
16.00 Uhr: Gesund bleiben - aber wie? Arbeits- und Gesundheitsschutz an Schulen
18:30 Uhr: So belastend ist der Alltag - Erfahrungsberichte (Lesung)
19:30 Uhr: Bildung neu denken mit **Tina Uthoff**: "Haltung zeigen, Strukturen verändern"

FREITAG, 15.07.2022

ab 10 Uhr: Zeit für Hintergrundgespräche
13.30 Uhr: Abschlusskonzert mit **Amélie Haidt**

DIY-Workshop durchgängig: Fachkräfte basteln leicht gemacht!

V.i.S.d.P.: Mark Ellmann, Neumarkter Straße 22, 81673 München (E.i.S.)

Endlich gute Bildung für Alle

– auf zum Bildungscamp der GEW Bayern!

Verfolgt man in den letzten Jahren die Diskussionen rund um das bayerische Bildungssystem, darf und muss man in vielen Bereichen von einer Bildungsmisere sprechen. Die Baustellen sind riesig! Angefangen mit dem Sanierungsstau der Schulgebäude, dem sich weiter zuspitzenden Fachkräftemangel, dem mangelhaften Arbeits- und Gesundheitsschutz, immer neuen Aufgaben, die auf Schulleitungen und Kollegien einprasseln, Digitalisierung, Inklusion, Beschulung von geflüchteten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis hin zur Tatsache, dass vielerorts oft gar kein geregelter Unterrichtsbetrieb, sondern nur noch eine Betreuung der Kinder und Jugendlichen möglich ist.

Die Dramatik hat sich weiter zugespitzt. Die Beschäftigten arbeiten längst über dem Limit und erhalten mit einem bewundernswerten Maß an Überengagement ein marodes System am Laufen, das den Bildungsansprüchen, die alle Kinder und Jugendlichen verdienen, nicht mehr gerecht werden kann und längst in einer Sackgasse gelandet ist. Aktionismus von Seiten des Kultusministeriums, das jedes Schuljahr aufs Neue verzweifelt darum bemüht ist, irgendwie den Unterrichtsbetrieb aufrecht zu erhalten, läuft langfristig ins Leere. Es benötigt dringender denn je strukturelle Veränderungen und eine Reflexion darüber, was Bildung bedeutet. Dabei ist Bildungsgerechtigkeit das Schlagwort, an dem sich das Bildungssystem vor allem messen lassen muss!

Die GEW Bayern macht seit Jahren Vorschläge, wie Strukturen verändert werden können, um unser Bildungssystem den Herausforderungen der Zeit anzupassen. Konzepte zu einer flexibleren Lehrkräfteausbildung, Steigerung der Attraktivität der Lehrämter durch angemessene und gerechte Bezahlung, Zwei-Pädagogen-Konzepte, multiprofessionelle Teams und entlastende Maßnahmen, um mehr Zeit zu erhalten – Zeit für Pädagogik, individuelle Förderung und vor allem Organisationsentwicklung in allen Bereichen. Denn die ist dringender denn je. Leider hat das Kultusministerium diese konstruktiven Beiträge nicht aufgegriffen und nur zu Lasten der Beschäftigten heftige Einschnitte bei den Arbeitsbedingungen durchgesetzt.

Die GEW Bayern lädt aus diesem Grund vom 13. Bis 15. Juli alle Interessierten zu einem Bildungscamp unter dem Motto „Endlich gut Bildung für Alle!“ nach München ein. Drei Tage lang werden am Wittelsbacher Platz wichtige Themen rund um die Bayerische Bildungspolitik aufgegriffen, die Probleme skizziert und Lösungsvorschläge präsentiert. In einer Diskussionsrunde mit Bildungspolitiker*innen aller demokratischen Parteien wird die zentrale Frage des Fachkräftemangels diskutiert und den Verantwortlichen auf den Zahn gefühlt. Dabei spielt natürlich auch die gerechte und gleiche Bezahlung aller Lehrkräfte eine wichtige Rolle.

Das Bildungscamp lässt sich für drei Tage rund um die Uhr auf dem Wittelsbacher Platz in unmittelbarer Nähe zum Kultusministerium und dem Finanzministerium nieder. An beide Institutionen richtet sich der Protest der GEW Bayern gegen die verfehlte Bildungspolitik der vergangenen Jahre. Neben den Fachveranstaltungen wird auch ein kulturelles Rahmenprogramm mit bayerischen Künstler*innen organisiert.

Raus aus dem Schweinezyklus
Lehrer*innenmangel

Der Freistaat Bayern leidet an nicht mehr zu leugnendem Lehrer*innenmangel, besonders an den Grund-, Mittel- und Förderschulen. Aber auch an anderen Schularten zeichnet er sich in bestimmten Fächerkombinationen bereits ab. Die Folge ist z.B., dass über Sondermaßnahmen Personen, die einen Hochschulabschluss haben, direkt ins Referendariat einsteigen können. Ganz ohne Lehramtsstudium. Oder, dass fertig ausgebildete Gymnasial- und Realschullehrer*innen im Rahmen einer Zweitqualifikation zu Grund-, Mittel- oder Förderschullehrer*innen umgeschult werden. Neuerdings ist das Kultusministerium schon so verzweifelt, dass die Fächer Musik, Kunst und Sport an den Grund- und Mittelschulen durch externes Personal unterrichtet werden können, das nicht zwingend eine pädagogische Qualifikation mitbringen muss.

Die Problematik des altbekannten ‚Schweinezyklus' mit abwechselnder Knappheit und großen Überschüssen in den verschiedenen Lehrämtern könnte das Kultusministerium weitgehend entschärfen, wenn es die Lehrkräfteausbildung reformieren und flexibler gestalten würde.

Die GEW-Bayern hat ein Konzept für eine flexible Lehrer*innenbildung erarbeitet und auf ihrer Landesvertreter*innenversammlung verabschiedet. Die GEW schlägt diese drei Phasen vor:

I. Studium mit dem Ziel Stufenlehrer*innen für Primar- oder Sekundarstufe ersetzen die bisherigen Ausbildungen nach schulartspezifischen Lehramtsstudiengängen.

• Drei Jahre gemeinsames Bachelorstudium für alle Lehramtsstudierenden: Pädagogik,

durch eine flexible Lehrer*innenbildung

Psychologie, grundlegende Fachkenntnisse, zu wählender fachdidaktischer Schwerpunkt
• Danach drei Jahre Masterstudiengang Primarstufe (Klasse 1-6) oder Sekundarstufe (7-13): fachwissenschaftliche Vertiefung in zwei Schwerpunktbereichen (Unterrichtsfächer oder Sonderpädagogik oder Deutsch als Zweitsprache)
• im Bachelorstudium jeweils ein Praktikum im Primar- und eines im Sekundarbereich

II. Berufseinstiegsjahr bei voller Bezahlung ersetzt das bisherige 2-jährige Referendariat
• Ein Berufseinstiegsjahr ohne 2. Staatsexamen (Master ist bereits vollwertiger Berufsabschluss)
• Reduzierte Zahl der Unterrichtsstunden bei voller Bezahlung
• Beratung ohne Bewertung
• Reflexion, Supervision, Coaching und Hospitationen sind auf die Unterrichtspflichtzeit anzurechnen.

III. Ein neuer Sektor Fort- und Weiterbildung mit dem Schwerpunkt auf Zusatz- und Nachqualifikation
• Deutliche Stärkung der Fort- und Weiterbildung (Zusatzqualifikationen, vertiefte wissenschaftliche Kenntnisse etc.)
• Freistellungen für Weiterbildungen
• Staatliche Fortbildungsangebote sollen ausgebaut werden und weiterhin das Grundgerüst für Fortbildungen bilden. Andere Anbieter sollen aber nicht ausgeschlossen werden.

Weitere Informationen zum Konzept
(kurze Textfassung, grafische Darstellung und Langfassung) befinden sich auf:
https://www.gew-bayern.de/lehrer-innenbildung

Ansprechpartner: Wolfram Witte
WolframWitte@gmx.net, 0151 - 22962407

Gesundheitsschutz
für Beschäftigte am Arbeitsplatz Schule

Der Schutz der Gesundheit von Beschäftigten in Deutschland ist seit 1973 gesetzlich durch das Arbeitssicherheitsgesetz geregelt. 1996 kam das Arbeitsschutzgesetz dazu. Die beiden Gesetze zielen darauf ab, die Gesundheit aller Beschäftigten – auch im öffentlichen Dienst – durch Maßnahmen des Arbeitsschutzes zu sichern.

Arbeitgeber werden darin verpflichtet, u.a. Betriebsärzt*innen und Fachkräfte für Arbeitssicherheit zu bestellen, regelmäßige Gefährdungsbeurteilungen durchzuführen und Arbeitsschutzausschüsse an den Betrieben einzurichten. Mit Änderung des Arbeitsschutzgesetzes 2013 wurden in der Gefährdungsbeurteilung auch die psychischen Belastungen ausdrücklich in den Blick genommen.

Dadurch soll sichergestellt werden, dass einerseits Gefahrenquellen für Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten in den Betrieben rechtzeitig erkannt und beseitigt werden, andererseits Beschäftigte wichtige Anlaufstellen erhalten, wenn sie gesundheitliche Probleme haben, die sie auf betriebliche Ursachen zurückführen. Sie können sich dann an eine Betriebsärztin / einen Betriebsarzt wenden, um sich – unter Wahrung der ärztlichen Schweigepflicht – medizinischen Rat einzuholen. Betriebsärzt*innen sind vor Ort und dadurch mit den betrieblichen Gegebenheiten vertraut bzw. sie können jederzeit Betriebsbegehungen durchführen.

Und an staatlichen Schulen?
Fehlanzeige!

Wenn eine Lehrkraft erkrankt, geht sie zum Hausarzt / zur Hausärztin. Diese medizinische Fachkraft schreibt sie in der Regel krank, hat aber keinen ausreichenden Einblick in die Gegebenheiten und Strukturen der Schule, die zu der Erkrankung geführt haben können. Die einzige medizinische Fachkraft im Kontext Schule ist der Amtsarzt / die Amtsärztin. Diese hat aber die Aufgabe, die Dienstfähigkeit der Lehrkraft im Auftrag des Dienstvorgesetzten (unter Aussetzung der ärztlichen Schweigepflicht!) zu überprüfen.

Etwas Bewegung in diesen gesetzeswidrigen Zustand kam erst im Jahr 2013, 40 Jahre nach Inkrafttreten des Arbeitssicherheitsgesetzes. Vom Kultusministerium wurde ein Forschungsprojekt ins Leben gerufen, in dessen Rahmen sich 2 Betriebsärztinnen um die Gesundheit von ca. 120.000 Lehrkräften an den 4500 staatlichen Schulen in Bayern kümmern sollten.
Das Ergebnis dieses Forschungsprojekts war eigentlich von Anfang an klar: der gesetzeswidrige Zustand hinsichtlich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes der Beschäftigten an den staatlichen Schulen in Bayern muss so schnell wie möglich beendet werden!
2020 wurde dann AMIS gegründet; das arbeitsmedizinische Institut für Schulen – eigentlich ein Schritt in die richtige Richtung.

Auf der Homepage von AMIS klingt das dann so:
*„Das Arbeitsmedizinische Institut für Schulen (AMIS-Bayern) berät und unterstützt Schulleitungen und Personal an staatlichen Schulen in arbeitsmedizinischen, arbeitspsychologischen und sicherheitstechnischen Fragestellungen. Unser Team besteht aus Betriebsärzt*innen/ Fachärzt*innen für Arbeitsmedizin, Arbeits- und Organisationspsycholog*innen, Fachkräften für Arbeitssicherheit sowie Assistenzpersonal. Wir arbeiten interdisziplinär und ganzheitlich.“*

(Quelle: https://www.lgl.bayern.de/arbeitsschutz/amis/doc/flyer_amis_bayern_barrierefrei.pdf)

Nur: Das Institut besteht bislang lediglich aus zwei Anlaufstellen in München und Bamberg und kann daher eine flächendeckende betriebsärztliche und sicherheitstechnische Betreuung der staatlichen Schulen in Bayern nicht im Ansatz leisten. Vor Ort tragen im Rahmen des sog. „Dienststellenmodells“ immer noch die jeweiligen Schulleiter*innen die Verantwortung für den Arbeits- und Gesundheitsschutz der Beschäftigten an ihren Schulen – ein Unding, sind sie doch ausgebildete Pädagog*innen!

Die seit Jahrzehnten vorgetragenen Forderungen der GEW sind daher aktueller denn je:

- Wir brauchen eine flächendeckende betriebsärztliche und sicherheitstechnische Betreuung aller staatlichen Schulen in Bayern. Jeder Lehrkraft muss der direkte Zugang zu einer Betriebsärztin / einem Betriebsarzt möglich sein – nicht über den Umweg Schulleitung!
- Das sog. „Dienststellenmodell“ ist untragbar! Keine Schulleitung kann die Aufgabe einer Betriebsärztin / eines Betriebsarztes bzw. einer Fachkraft für Arbeitssicherheit übernehmen!
- Das arbeitsmedizinische Institut für Schulen muss so ausgebaut werden, dass es persönliche Ansprechpartner*innen mindestens auf Bezirks- und Schulamtsebene anbieten kann. Dazu braucht es zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen!

Hintergrund

Zum Thema Fachkräftemangel an Bayerischen Schulen

Diskussionsrunde mit Bildungspolitiker*innen am 13.07.2022

Lehrkräfte und pädagogisches Fachpersonal fehlen an allen Ecken und Enden. Grund dafür sind Fehlplanungen des Kultusministeriums in den letzten 20 Jahren. Der Personalmangel an Grund-, Mittel-, und Förderschulen ist hausgemacht. Geburtenraten, Ruhestandsversetzungen und Ausbildungskapazitäten sind Größen, die bekannt sind und in langfristige Planungen hätten einbezogen werden müssen. Seit 2012 steigt die Geburtenrate stetig an – waren es 2012 noch 107.000 Geburten in Bayern - liegt die Zahl der Geburten 2021 bei 134.00. Das sind gut 1000 Klassen mehr. Gleichzeitig gingen in den letzten 10 Jahren viele Kolleg*innen in den Ruhestand – Grund dafür sind die hohen Einstellungszahlen in den 60er und 70er Jahren. Dementsprechend hätten die Ausbildungskapazitäten erhöht werden müssen. Aber das Gegenteil ist passiert. Bis einschließlich 2014 hat man junge gut ausgebildete Kolleg*innen nach dem Referendariat nicht übernommen – die Staatsnote lag 2012 bei 2,04. Und man muss berücksichtigen, dass in den letzten 15 Jahren Herkulesaufgaben an die Schulen übertragen wurden. Für ein Gelingen des “Ganztages“ oder für eine gute Umsetzung der Inklusion hätte Bildung grundsätzlich neu gedacht werden müssen - zumindest wären wesentlich mehr Personal und finanzielle Ressourcen nötig gewesen. Passiert ist nichts von dem. Die Schulen wurden im Stich gelassen.

Um den Lehrermangel zu kaschieren bürdet das Kultusministerium den wenigen Kolleg*innen immer mehr auf – z. B. seit Februar 2020 mit den Maßnahmen des Piazolo-Pakets: Teilzeit nur in geringem Umfang, keine Beurlaubungen, kein Sabbatjahr, Antragsruhestand erst ab 65 und Grundschullehrkräfte müssen im Rahmen eines Arbeitszeitkontos eine Stunde mehr arbeiten.

Seitdem spitzt sich die Lage dramatisch zu. Wir befinden uns in einem Sog von Krisen. Zuerst die Pandemie, deren Folgen für die Schüler*innen noch Jahre aufgearbeitet werden müssen – man denke nur an die Lücken, an die Kompetenzdefizite und an die Defizite im sozial-emotionalen Bereich. Außerdem ist noch nicht klar wie die Pandemie im Herbst zurückkommt. Gut vorbereitet sind die Schulen nur bedingt. Und nun die große Zahl an Flüchtenden.

Zur Bewältigung der Folgen von Corona sollen die Defizite schnell aufgeholt werden,

dafür müssen ausreichend Fördermaßnahmen angeboten werden. Aber auch die Förderung der Sozialkompetenzen, die Gesundheitserziehung, der Schwimmunterricht und die Medienerziehung werden als Aufgabe der Lehrkräfte von Politik und Gesellschaft eingefordert. Aktuell kommt die Integration ukrainischer Schüler*innen dazu - das soll nebenher von den Lehrkräften im oder zusätzlich zum Unterricht übernommen werden. Das meiste versuchen die Kolleg*innen zu stemmen, aber ohne zusätzliches pädagogisches Fachpersonal wird das nicht gelingen.

Das Kultusministerium sagte dazu im Juni 2021: *„Das Staatsministerium hat bei der Gesamtpersonalplanung sowohl die Situation an den einzelnen Schulen als auch allgemein die Sicherung der hohen Qualität des bayerischen Bildungssystems sehr genau im Blick. In den letzten Jahren ist es gelungen, alle offenen Lehrerstellen qualifiziert zu besetzen."*

Das ist eine Lüge. Mit Qualifikation haben die Besetzungsverfahren nichts mehr zu tun. Seit Jahren werden sogenannte Drittkräfte eingestellt. Es entsteht ein Flickenteppich, der an den Schulen die Kollegien und die Schulleitungen mehr und mehr belastet. Statt Lehrkräften und pädagogischem Fachpersonal wird immer mehr externes Personal eingesetzt - häufig nur mit wenigen Stunden und mit befristeten Arbeitsverträgen. Studierende, mit Bachelor unterschiedlicher Fachrichtungen, Dolmetscher*innen, Ergotherapeuten, Künstler*innen und Sportwissenschaftler*innen, aber auch Personen ohne Studium und ohne jegliche pädagogische Ausbildung werden als Dritt- oder Honorarkräfte, Schulassistent*innen, Teamlehrkräfte oder als Unterrichtende in Willkommensgruppen angestellt. Es geht nur noch darum, die Löcher im System mit Nicht-Pädagogen zu stopfen. Immer wieder kommen neue Jobbeschreibungen dazu.

Seit Jahren fehlt jegliche Transparenz – das Ministerium nennt keine Zahlen und damit verschleiert die Staatsregierung seit Jahren den Lehrkräftemangel und auch den miserablen Zustand der Schulen.

Zusätzlich zu dieser Intransparenz gibt es weitere Verschleierungstaktiken:

1. In der Statistik des Ministeriums wird Unterricht nur als ausgefallen dokumentiert, wenn die Schüler*innen das Schulhaus verlassen bzw. nicht im Schulhaus sind. D.h. Doppelführungen, Beaufsichtigungen in der Aula, Aufteilungen zählen nicht als Unterrichtsausfall. In der Grund- und Förderschule werden die Schüler nahezu nie nach Hause geschickt, sondern es werden immer Vertretungsmöglichkeiten irgendeiner Art gesucht.

2. Angeblich würden Geld und Stellen ausreichend zur Verfügung gestellt. Aber dazu gesagt wird nicht, dass die Schulleitungen keine geeigneten Personen mehr finden, um die Stellen zu besetzen und das Geld abzurufen.

3. Es wird immer wieder verkündet: Wir schaffen 1000, 3000 (aktuell 1620, verkündet von Kultusminister Piazolo am 20.06.2022) usw. neue Lehrerstellen. Es bleibt aber völlig im Unklaren, mit wem diese Stellen besetzt werden sollen und wo diese Stellen letztendlich, irgendwo im Nirwana, verschwinden.

4. Abkehr von Qualitätsstandards: Schüler*innen wird Bildung vorenthalten, es wird gekürzt, mehr oder weniger unbeachtet. Seit September 2021 gibt es Kürzungen im Ganztag der Mittelschulen und auch bei Förderangeboten, bei Schul-AGs, bei Sprachkursen, im Randstundenbereich, also bei Fächern wie Musik, Kunst und Sport.

Inzwischen hat selbst die Staatsregierung erkannt, dass es so nicht weitergehen kann und die Belastungsgrenze erreicht ist – vielleicht auch deswegen, weil schon jetzt klar ist, dass in den nächsten Jahren der Personalmangel auch an den Gymnasien und Realschulen zunehmen wird. Allerdings sind diesem Erkennen noch keine spürbaren Taten gefolgt.

Vielleicht können die von uns eingeladenen Politiker*innen Licht ins Dunkel bringen.

Wir freuen uns auf die Diskussionsrunde mit:

Matthias Fischbach, MdL
FDP, bildungspolitischer Sprecher, parl. Geschäftsführer

Nicole Gohlke, MdB
Die Linke, bildungspolit. Sprecherin der Fraktion

Tobias Gotthardt, MdL
FW, stellv. Vors. des Ausschusses für Bildung und Kultus

Anna Schwamberger, MdL
Die Grünen, schulpolit. Sprecherin, stellv. Vors. ÖD-Ausschuss

Margit Wild, MdL,
SPD, bildungspolitische Sprecherin, stellv. Fraktionsvorsitzende

N. N., CSU

Martina Borgendale,
Vorsitzende der GEW Bayern

Einladung zur Lesung

Der „ganz normale Wahnsinn“

auf dem Bildungscamp der GEW Bayern

Vormittags Recht und nachmittags frei? - Auch wenn das meist nicht ganz ernst gemeint ist, wird die Arbeit von Lehrkräften doch gern mal so dargestellt, dazu kommen dann noch die endlosen Ferien!

Der MDR informierte im April 2021:
Burn-out bei Junglehrern: ein Drittel gibt auf (…)
Ein viertel aller angehenden Lehrer und Lehrerinnen leiden unter Burn-out-Symptomen. Ein Drittel verlässt die Schule bereits nach fünf Jahren wieder.
www.mdr.de/wissen/burnout-bei-angehenden-lehrern-100.html

Wie die Realität für die Lehrkräfte im Alltag wirklich aussieht - auch der Arbeitsalltag von Lehrkräften außerhalb der Schulmauern -, das wissen nur wenige. Zeit und Gelegenheit, diesen genauer kennenzulernen, gibt es auf dem Bildungscamp.

Grund- und Mittelschullehrkräfte schildern in Beispielen den „ganz normalen Wahnsinn“ ihrer täglichen Arbeit - ihre Texte werden von Kolleg*innen gelesen. Dabei es geht von der Arbeit mit Schüle*innen, Eltern, Kolleg*innen und Schulleitungen bis hinein in politische Entscheidungen (als Beispiel sei hier die Corona-Testpflicht an Schulen genannt), die Lehrkräfte vertreten und umsetzen (und oft auch erst herausfinden) müssen. Wie sich dann noch Beruf und Familie/Freizeit unter einen Hut bringen lassen, das ist ebenfalls Thema.

Mit dabei ist auch eine Lehrerin, die nach vielen kräftezehrenden Jahren die Sicherheit der Beamtenstelle aufgibt und den staatlichen Schuldienst verlässt - sie steht für ein Hintergrundgespräch für die Presse gern zu einem extra vereinbarten Zeitpunkt Rede und Antwort.

Rechtsanspruch auf Ganztagesbildung

Der Rechtsanspruch auf Ganztagesbildung im Grundschulalter kommt, das ist sicher. Aber für welche Qualität entscheiden sich Land und Kommunen in Bayern?

Wenn ganztägige Angebote für Kinder im Grundschulalter zum Standard werden, Schule und Ganztag zu einem der Hauptlebensorte für Kinder werden, dann muss das Wohl des Kindes im Mittelpunkt stehen! Deswegen müssen Fachkräfte aus allen Bereichen gemeinsam für einen guten Ganztag, gute Arbeit und gute Angebote für Kinder eintreten. Die GEW vertritt die Bereiche Schule, Jugendhilfe, Wissenschaft und Ausbildung.

Aufgrund der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kita Platz ist der Fachkräftemangel schon vor der Einführung des Anspruchs im Grundschulalter enorm. Je nach Buchungsverhalten der Eltern fehlen in Bayern etwa 100.000 bis 130.000 Plätze verglichen mit 2020. Je nach Personalschlüssel fehlen 4.000 bis 8.000 Fachkräfte.

(Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut / Technische Uni Dortmund, „Plätze. Personal. Finanzen. Bedarfsorientierte Vorausberechnungen für die Kindertages- und Grundschulbetreuung bis 2030. TEIL 2: GANZTÄGIGE ANGEBOTE FÜR KINDER IM GRUNDSCHULALTER“, 2021).

Die Herstellung von Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit sind zentrales Anliegen der GEW. Gerade der Rechtsanspruch auf Ganztagesbildung im Grundschulalter ist ein weiterer Baustein zur Verwirklichung dieser Ziele, von denen Deutschland und Bayern im Besonderen, noch weit entfernt sind. Die Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben ist ein weiteres Ziel. Gerade diese Anforderungen verlangen höchste fachliche Qualität.

Die GEW Bayern sieht dringenden Handlungsbedarf auf mehreren Ebenen.

Es bedarf sofortiger Planung und Durchführung von An und Neubauten an und um Schulen. Der Raum als „dritter Pädagoge“ – neben Gleichaltrigen und Lehrern/päd. Fachkräften) ist von zentraler Bedeutung. Schon in der Planung sind alle „Bewohner“ der künftigen Lern- und Lebensräume eng zu beteiligen.

Aus pädagogischer Sicht und mit Blick auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten fehlt es an sehr vielem:

• Die Ganztagesangebote der Schule benötigen dringend mehr Anforderungen an die Qualifikation der Kräfte für die außerunterrichtlichen Angebote (derzeit gibt es hier kaum Standards!).
Im Hortbereich ist die Fachlichkeit durch das Fachkräftegebot des SGB VIII grundlegend geregelt, hier wäre eine Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation notwendig. Ein Teil der Kinder profitiert nur von bester Qualität. Die GEW fordert eine Relation von 1:10.

• Gute Bildung erfordert multiprofessionelle Teams. Neben Pädagogen sind weitere Professionen (auch aus dem Sozialraum) zu beteiligen (Künstler, Handwerker, Therapeuten, Psychologen, etc.)

• Gute Kooperation erfordert Zeit. Daher sind für alle Berufe feste, bezahlte und regelmäßige Kooperationszeiten zwingend vorzuschreiben-

• Die Leitungen der Bereiche Jugendhilfe und Schule sollen auf Augenhöhe kooperieren.

• Die hohe Fluktuation in allen Bereichen des Ganztages verhindert die wichtige Bindungsarbeit der Fachkräfte mit den Grundschulkindern. Sie erklärt sich aus den prekären Arbeitsbedingungen.

Teilzeit ist die Regel, Befristungen auch. Aus pädagogischer Sicht ist ein Einsatz von sozialpädagogischen Zweitkräften im Unterricht wünschenswert. Damit würden auch Vollzeitarbeitsplätze geschaffen werden können.
Nur so kann bspw. die hohe Altersarmut bei den sozialp. Fachkräften (die „weiblich“ ist), bekämpft werden.

• Über entsprechende Tariftreueklauseln ist die Einhaltung tarifvertraglicher Standards zu sichern. Nur Träger, die entweder einen Tarifvertrag geschlossen haben oder nachweislich die Bedingungen des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes (TVöD) gewähren, sollen als Kooperationspartner für die Ganztagsbildung den Zuschlag erhalten

• Schulsozialarbeit und Jugendsozialarbeit an Schulen sind überall weiter auszubauen

• Die Schaffung neuer Berufe (bspw. die „Fachkraft für Grundschulkindbetreuung“), hält die GEW für einen Fehler. Wir stehen zur breiten Ausbildung pädagogischer Berufe. Eine Verengung auf ein Praxisfeld führt zu Abhängigkeiten und lässt einen Wechsel in andere Arbeitsfelder nicht zu.

• Gemeinsame Fort- und Weiterbildungen sind zu gewährleisten und zu finanzieren.

Einladung zum

Offenen DIY – Workshop **„Fachkräfte basteln leicht gemacht“**

auf dem Bildungscamp der GEW Bayern

Auf den Mangel an Fachkräften in pädagogischen und sozialpädagogischen Berufen wird immer wieder gerne mit der kurzfristigen Schaffung von Planstellen reagiert. Dass es allerdings für diese Stellen bei weitem nicht genügend grundständig ausgebildetes Personal gibt, wird der Presse und damit der Öffentlichkeit vorenthalten – von langfristigen Konzepten gegen den Fachkräftemangel ganz zu schweigen. Stattdessen werden die Schulleitungen vom Kultusministerium aufgefordert, schnell mal Personal in Form von Drittkräften, Teamlehrkräften oder „Substitutionslehrkräften“ zu rekrutieren. Leider nicht mit dem erwünschten Erfolg - denn nicht alle Architekt*innen, Opernsänger*innen oder Steinmetze eignen sich für den Schuldienst. Dem Kultusministerium muss also geholfen werden!

Deswegen laden wir auf dem Bildungscamp interessierte Menschen groß und klein dazu ein, sich ihre Fachkraft einfach selbst zu basteln. Material steht zur Verfügung. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Die gebastelten Fachkräfte dürfen dann gerne mitgenommen und bei Bedarf eingesetzt werden. Es ist ja noch nicht sicher, ob im September vor jeder Klasse eine Lehrkraft steht. Darum raten wir dazu, vorsichtshalber am ersten Schultag eine selbst gebastelte mitzubringen. Sicher ist sicher!

Tina Uthoff schaut ehrlich auf das Schulsystem und benennt die Fakten aus Wissenschaft und Forschung. Sie zeigt, in welchen Bereichen wissenschaftliche Erkenntnisse einfach ignoriert werden, dass Schule Ungleichheit nicht nur in Kauf nimmt, sondern noch weiter fördert - besonders wenn es um Kinder geht, die unter Armut leiden, um Kinder mit Migrationshintergrund oder Behinderungen.

Schule ist kein schöner Ort. Mal abgesehen vom Sanierungsstau und schmutzigen Toiletten. Schule macht Menschen krank, weil Menschlichkeit nicht systemimmanent ist. Da Lehrer*innen naturgemäß daran scheitern müssen, den Widerspruch zwischen institutioneller Kontrolle und Menschlichkeit aufzulösen, hat dieser Berufsstand die höchste Burnout - Quote. In den letzten 3 Jahren hat sich in Bayern die Anzahl der Lehrer, die vorzeitig in den Ruhestand gehen, mehr als verdoppelt. Von den Schüler*innen klagen laut einer Studie der DAK 55% über Kopfschmerzen, 51 % über Bauchschmerzen, 43 % über Rückenschmerzen, 35 % haben Schlafstörungen. 70 % der Achtklässler trinken Energydrinks. Differenziertere Befragungen zeigen, wie sehr die Sorge um Noten Kinder bewegt – im Vergleich sogar stärker als die Angst vor Krieg.

Schule verfehlt ihre originäre Aufgabe der Bildung. Seit Jahrzehnten liegen zahlreiche wissenschaftliche Erkenntnisse aus der Entwicklungspsychologie, der Pädagogik, den Sozialwissenschaften, der Bildungs- und Hirnforschung vor, die Auskunft darüber geben, wie Lernen nachhaltig funktioniert, was Kinder und Jugendliche brauchen, um sich gut zu entwickeln und wirksam zu lernen. Entgegen landläufiger Meinung ist das Hirn kein Muskel, den man trainieren kann. Das Hirn ist in erster Linie ein Filter-, kein Speicherorgan. Es filtert das weg, was für den Betreffenden nicht bedeutsam ist. Sollen Lernprozesse effektiv sein, müssen sie deshalb vom Lernenden mit positiven Emotionen verknüpft werden, also als bedeutsam und lustvoll erlebt werden.

Die Frage, warum Schüler*innen die Schule ohne Schulabschluss oder als funktionale Analphabeten verlassen, oder warum viele den Schulbesuch verweigern, kann und darf nicht ausschließlich individualisiert werden. Diese Resultate sind vor allem strukturbedingt. Es gibt keinen gesellschaftlichen Bereich, der in dieser Weise überreguliert unter einer totalen staatlichen Kontrolle steht. Mit anderen Worten: Die Zwänge bürokratischer Organisation widersprechen dem Recht auf Bildung.

Tina Uthoff ist überzeugt, dass wir mit einer fundierten Haltung das marode Gebäude der jahrhundertealten Schule gern einstürzen lassen dürfen, um es dann neu aufzubauen: im Vertrauen, mit Gleichwürdigkeit und in Gemeinschaft. Schule neu zu denken und strukturell von Grund auf partizipativ zu verändern, ist Teil des Nationalen Aktionsplan des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Sich bis 2030 Ziele setzen und dann nur auf dem Papier einhalten - das klingt gewohnt. Statt jetzt die Chance zu nutzen, das Gebäude des Schulsystems so umzubauen, dass zufriedene und neugierige Schüler*innen dort jeden Tag gerne hin gehen, begnügt das Kultusministerium sich mit kleineren Flickarbeiten und zwei Eimern neuer Farbe.

Wenn wir die Bildung für nachhaltige Entwicklung ernst nehmen, kommen wir an einer Transformation des alten Systems gar nicht vorbei. Das Ziel tatsächlicher Bildung wird nicht über die möglichst perfekte Aneignung des gegenwärtig verfügbaren Wissens erreicht, sondern über das Wecken der Begeisterung, das die nachwachsende Generation antreibt, kompetent mit dem Wissensschatz umzugehen und neue Kulturleistungen hervorzubringen.

Als streitbarer Geist freut sich Tina Uthoff nach ihrem Vortrag auf eine lebhafte Diskussion.

Haltung zeigen. Strukturen verändern

13.07.2022, 20.30 Uhr, Wittelsbacherplatz

Michèlle Lombardo

Lena Maier und Michèle Lombardo, zwei Münchner Musikerinnen, die sich mit ihrem Talent bereits einen Namen in der Stadt gemacht haben. Ob Gospel, Swing, Funk, Jazz oder Pop, die beiden Powerfrauen sind das, was man einen „Allrounder“ nennen kann. Michèle Lombardo berührt mit ihrem Gesang, Lena Maier am Saxophon und Markus Minarik am Klavier. Ganz gewiss bringt Sie dieses Trio in die richtige Stimmung an einem lauen Sommerabend in der Stadt.

www.michelelombardo.de

15.07.2022, 13:30 Uhr, Wittelsbacherplatz

Amélie//23Karat

Amélie // 23 Karat ist urbaner Pop, kein reines Gold aber echt. Mit warmer Stimme und Gitarre in der Hand singt Amélie über die 9000 Tage ihres bisherigen Lebens und was in dieser Zeit alles passieren kann, über die Liebe zu unvorhersehbaren Momenten und die Zweifel, die dadurch entstehen können. Erscheinen ihre Lieder auf Platte eingebettet in Hip Hop Beats und treibenden Bässen, präsentiert die Gewinnerin des Wettbewerbs „StadtMUCke e.V. Dein Song für München 2020“ und Finalistin des Heimatsound Wettbewerbs 2021 von Bayern 2 ihre Musik am heutigen Abend solo.

www.ameliehaidt.com